

**Bericht zum Umlaufbeschluss der
Europaministerkonferenz der deutschen Länder
vom 28. April 2016**

Situation der Europe-Direct-Informationszentren in den deutschen Ländern

Berichterstatter: Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern,
Nordrhein-Westfalen

I. Einsatz der EMK für eine stärkere Unterstützung der EDIC

Dem Europe-Direct-Netzwerk mit seinen derzeit 518 Informationszentren in den Mitgliedstaaten (55 davon in Deutschland) kommt eine herausragende Bedeutung für die dezentrale europapolitische Kommunikation zu. Es ist eines der wichtigsten Instrumente der Europäischen Kommission, um Bürgerinnen und Bürger auf lokaler und regionaler Ebene über die konkrete Bedeutung der verschiedenen europapolitischen Themen für das tägliche Leben zu informieren. Die Europe-Direct Zentren (EDIC) stellen Informationen, Beratung, Unterstützung und Antworten auf Fragen zur EU bereit, die sich aus dem Alltag der Bürgerinnen und Bürger ergeben. Sie greifen hierzu aktuelle europäische Themen auf und leiten Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger an die Europäische Kommission weiter.

In ihren Beschlüssen vom 18./19. November 2014 sowie vom 29./30. Januar 2015 hatte die Europaministerkonferenz (EMK) darauf hingewiesen, dass dezentrale Maßnahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit in den

Ländern besonders geeignet sind, um die Akteure der Europapolitik in der Bevölkerung bekannt zu machen und über europapolitische Lösungsansätze für die konkreten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu informieren. Aus diesem Grund hatte die EMK die Europäische Kommission und das Europäische Parlament gebeten, der dezentralen europäischen Öffentlichkeitsarbeit einen höheren Stellenwert beizumessen, diese verstärkt zu unterstützen und die hierfür bereitgestellten Mittel bei der Aufstellung der EU-Jahreshaushalte durch Umschichtung aufzustocken.

Die aktuelle Förderperiode der EDIC umfasst den Zeitraum von 2013 bis 2017. Derzeit stehen für die Finanzierung der EDIC pro Haushaltsjahr insgesamt 12.135.000 € zur Verfügung. Der auf die deutschen Träger entfallende Anteil am Gesamtbudget beträgt jährlich 1.375.000 €. Aus diesem Budget können die EDIC in den deutschen Ländern im Wege der Pauschalfinanzierung eine Förderung von bis zu 25.000 € beantragen, die sich unterteilt in eine Grundförderung mit einem Pauschalbetrag von jährlich bis zu 14.000 Euro sowie zusätzliche Standardpauschalbeträge für weitere Module. Die Europaministerkonferenz hat diese Regelungen bereits mehrfach aufgegriffen und eine Aufstockung der Fördermittel angemahnt. Allerdings blieb die Höhe der Förderung für die EDIC bislang hinter den Erwartungen zurück, denn der Förderhöchstbeitrag, der 2005 erstmalig mit 24.000 € festgesetzt wurde, wurde zuletzt in 2009 um 1.000 € auf aktuell 25.000 € erhöht.

Derzeit führt die Europäische Kommission einen Evaluierungsprozess zur Vorbereitung der neuen Förderperiode von 2018 bis 2023 und zur Ausgestaltung der Ausschreibung für die EDIC durch. Um der Bedeutung der EDIC Rechnung zu tragen, hat die EMK eine Umfrage zu deren Situation veranlasst. Die Ergebnisse werden in den laufenden Prozess eingebracht und sind Basis der folgenden Ausführungen.

II. Ergebnis der Umfrage zur Situation der EDIC in Deutschland

Festzustellen ist, dass die Anforderungen an die Arbeit der EDIC aufgrund der aktuellen Krisensituation stark gestiegen sind. Die Antworten der EDIC haben die damit einhergehenden Probleme und Bedürfnisse deutlich zum Ausdruck gebracht.

Als wichtigste Ergebnisse der Umfrage sind zu nennen:

1. Verhältnis zwischen den EDIC und der Europäischen Kommission

Die Unterstützung der EDIC durch die Europäische Kommission wird weitgehend als ausreichend beurteilt. Zwar wird die Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Europäischen Kommission, einschließlich der regionalen Vertretungen, als positiv hervorgehoben. Gewünscht werden jedoch ein verbesserter Zugang zu Informationen, ein größeres Angebot an Schulungen sowie ein stärkerer Austausch mit der Kommission und weiteren europäischen Institutionen.

In Bezug auf das Team Europe wird die regional ungleiche Verteilung der Referentinnen und Referenten als problematisch empfunden. Zur besseren Ansprache von jungen Menschen sollten zielgruppengerechte Referentinnen und Referenten zur Verfügung stehen. Verbesserungswürdig erscheint die Zusammenarbeit mit der Europe Direct Hotline sowie dem Bookshop. Insbesondere die Bereitstellung von gedruckten Publikationen auch in größeren Mengen wird als erforderlich angesehen.

2. Inhaltliche Prioritäten – Kommunikationsziele

Die von der Europäischen Kommission vorgesehenen Maßnahmen der

dezentralen Öffentlichkeitsarbeit erreichen grundsätzlich die Zielgruppen. Die politischen Prioritäten der EU-Kommission sind jedoch nur teilweise deckungsgleich mit den europapolitischen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Je nach Trägerorganisation, Region oder Mitgliedstaat ergeben sich unterschiedliche Berührungspunkte mit dem Recht und der Politik der EU.

Ansprechend für die breite Bevölkerung sind vor allem eher allgemeine Informationen zur EU oder zeitnahe Ausführungen zu aktuellen politischen Themen, die in Medien und Öffentlichkeit gerade kontrovers diskutiert werden. Sehr detaillierte Informationen zu spezifischen Themen gehen jedoch am Bedarf häufig vorbei. Umso abstrakter ein Themenfeld erscheint, umso weniger wird es vor Ort als relevantes Politikfeld wahrgenommen. Dementsprechend besteht erheblicher Unterstützungsbedarf bei der Beantwortung konkreter europapolitischen Fragen, die sich aus dem Alltag der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ergeben.

3. Verwaltungsaufwand - Modulsystem

Der administrative Aufwand wird zwar allgemein als leistbar eingeschätzt, bindet aber viel Arbeitskraft. Als besonders zeitintensiv werden Dokumentationen im Intranet, das monatliche Berichtswesen sowie die Erarbeitung von Aktionsplänen eingestuft. Insbesondere wird kritisiert, dass der Aufwand für Evaluationen von Veranstaltungen nicht im Verhältnis zum Nutzen steht.

Das derzeit praktizierte Antragswesen mit Unterscheidung in einen Hauptantrag zu Beginn der Förderperiode und detaillierte Folgeanträge führt zu einem als unnötig erachteten Mehraufwand an Verwaltungsarbeit.

Das Modulsystem wird von den EDIC grundsätzlich als positiv bewertet. Eine Reihe von Modifizierungen wird jedoch als notwendig erachtet. Dies gilt für eine

Flexibilisierung der verschiedenen Module, insbesondere der elektronischen Kommunikationsmedien und des Veranstaltungsmoduls.

4. Finanzierung

Aufgrund der gestiegenen Anforderungen an die EDIC wird die Finanzierung insgesamt als nicht ausreichend angesehen. Übereinstimmend wird eine Erhöhung sowohl bei der Grundausstattung als auch bei den Modulen als erforderlich angesehen. Dabei ist festzustellen, dass die finanzielle Situation der EDIC jedoch hinsichtlich ihrer Trägerstruktur differiert.

Die Auszahlungsmodalitäten werden im Hinblick auf Zeitpunkt und Pünktlichkeit mehrheitlich bemängelt. Nicht fristgerechte Auszahlungen führen dazu, dass die Träger in Vorleistung treten müssen.

III. Konsequenzen für die neue Förderperiode

Basierend auf den geschilderten Problemen werden Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die dazu dienen können, das hohe Potenzial der EDIC optimal zu nutzen und ihre Rolle im europäischen Kommunikationsprozess weiter zu stärken.

1. Finanzierung:

Angesichts der durchgehend bestehenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung der EDIC sollte die Kommission darum gebeten werden, mittelfristig den Förderbetrag wieder auf die in früheren Jahren vorgegebene Höhe von 50.000 € anzuheben.

Um den Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger auch in der Fläche

weiterhin zu decken, darf dies allerdings nicht zu einer Reduzierung der derzeitigen Anzahl an Trägern in den Ländern führen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion sollten in der kommenden Förderperiode ab 2018 daher die für die Pauschalfinanzierung der EIDC zur Verfügung stehenden Gesamtmittel deutlich erhöht werden. Insbesondere sollten der Pauschalbetrag für das Grundinformationsangebot pro Europe Direct Informationszentrum von derzeit 10.000 € bzw. 14.000 € auf 20.000 € bzw. 28.000 € verdoppelt und die Standardpauschalbeträge zur Förderung der verschiedenen Module heraufgesetzt werden. Schließlich sollte durch die Bereitstellung von Mitteln für Pilotmodule die Möglichkeit zur Reaktion auf Krisensituationen geschaffen werden. Durch diese Maßnahmen könnten auch die jährlichen Kostensteigerungen, beispielsweise durch wachsende Miet- und Lohnausgaben, abgefangen werden. Diese Erhöhung könnte bei der Aufstellung der EU-Jahreshaushalte durch eine Aufstockung der Mittel für die dezentrale Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit erreicht und durch Umschichtungen innerhalb der Haushaltslinien gegenfinanziert werden.

Eine Optimierung der Auszahlungsmodalitäten sollte angestrebt werden, insbesondere sollte eine zeitnahe Auszahlung der Restmittel sichergestellt werden.

2. Verwaltungsaufwand:

Der derzeit anfallende Verwaltungsaufwand bindet Arbeitskraft der EDIC, die an anderer Stelle fehlt. Es sollte daher eine deutliche Verringerung des Verwaltungsaufwands angestrebt werden. Eine Verbesserung des Berichtswesens im Intranet, Erleichterungen bei der Dokumentation von Veranstaltungen durch ausschließliche Erfassung in elektronischer Form und ein

optimiertes Abrechnungswesen könnten Ansätze hierfür darstellen. Es wird angeregt, dass zur Evaluation von Veranstaltungen einheitliche Formulare zur Verfügung gestellt werden.

Da der Hauptantrag zu Beginn der Förderperiode bereits die wesentlichen Informationen enthält, sollte das Antragswesen bei Folgeanträgen optimiert werden.

3. Größere Flexibilität gewährleisten

Damit der europäische Gedanke eine Zukunft hat, muss das Bestreben der Akteure über die bloße Informationsvermittlung hinaus auch darauf ausgerichtet sein, bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder ein Grundverständnis von Europa als gemeinsamer Heimat, als Werte- und Friedensgemeinschaft, als Motor des sozialen und kulturellen Fortschritts und der Gerechtigkeit zu schaffen. Gerade durch niederschwellige, bürgernahe Informationsangebote kann es den EDIC gelingen, europäische Bezüge herzustellen und bei den Menschen positive Aufmerksamkeit für das Thema Europa zu schaffen.

Den EDIC sollte daher die Möglichkeit gegeben werden, die geplanten Maßnahmen sowohl auf die Kommunikationspräferenzen der Kommission als auch auf eigene Schwerpunkte bzw. örtliche Erfordernisse auszurichten. Wünschenswert ist, dass seitens der Kommission mehr Flexibilität zugelassen wird.

Es wird daher eine Öffnung des Modulsystems für regionale inhaltliche Prioritäten, bislang nicht erfasste Formate und Zielgruppen und insbesondere eine Flexibilisierung der zur Verfügung stehenden Module vorgeschlagen, um Kommunikationsmaßnahmen noch stärker auf die Bedürfnisse vor Ort ausrichten zu können. Auch mehrfacher Arbeitsaufwand innerhalb eines Moduls ist zu

berücksichtigen, zum Beispiel die Anzahl der bedienten Kanäle in den sozialen Medien.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist eine Flexibilisierung der Teilnehmerstunden bzw. der geforderten Mindestteilnehmerzahlen im Veranstaltungsmodul.

4. Rolle der EDIC als Partner der Europäischen Kommission stärken

Als lokal angebundene und regional wahrgenommene Akteure kennen die EDIC die örtlichen Zielgruppen genauso wie die Themen, die die Menschen berühren. Sie sind in besonderer Weise in der Lage zu definieren, welche Informationsangebote und welche Methoden die Menschen vor Ort erreichen und ansprechen. Ihre Rolle in der europäischen Kommunikation ist daher unverzichtbar und sollte stärker hervorgehoben werden. Durch eine noch engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und anderen europäischen Institutionen sollte ihre Rolle als starker Partner betont werden. Ausgedrückt werden könnte dies durch einen intensiveren Austausch mit der Kommission, einen verbesserten Zugang zu Informationen, verstärkte Möglichkeiten von Expertengesprächen, beispielsweise auf Einladung der Vertretungen der Kommission. Insbesondere die Abstimmung bei der Terminierung von Veranstaltungen der Kommission im Zuständigkeitsbereich der EDIC (bspw. Bürgerdialog) sollte verbessert werden.